



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 20.11.2017

Beginn: 17:50 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

entschuldigt:

Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Silvia Sonntag

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement
Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Carola Christ, Stadtplanungsamt
Christopher Dürste, Personal
Wilfried Erne, Hauptamt
Andrea Fischer, Personalrat
Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg
Thomas Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
Martina Kloos, Personalrat
Siegfried Kopf-Jasinski, Hochbauamt
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Brigitte Länge, Ordnungsamt
Markus Merkle, Baubetriebsamt
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Josef Stiehle, Tiefbauamt
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Markus Weisshaupt, Forstamt
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Erster Bürgermeister Roland Wersch

ab TOP 5

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Grußwort Ortsvorsteher Alexander Wachter	
2.	Bebauungsplanänderung "Rollinstraße/Adenauerallee/Königsbergallee"	2017/190
3.	Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße 19"	2017/197
4.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Bahnhofstraße 19" a) Abwägung der Bedenken und Anregungen b) Satzungsbeschluss	2017/154
5.	Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Breite III" Städtebaulicher Rahmenplan	2017/191
6.	Erlass einer Veränderungssperre nach den §§ 14 ff. BauGB für den Bebauungsplan "Freiburger Straße - Süd"	2017/198
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Straße/Fritzlieb-Straße" Aufstellungsbeschluss und Erlass einer Veränderungssperre	2017/200
8.	Erlass einer Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach an der Riß für die Abteilungen Mettenberg, Ringschnait und Stafflangen	2017/209
9.	Verschiedenes - Gutachten Schulstraße 26	
10.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2018 der Stadt Biberach	

Die Mitglieder wurden am 10.11.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 15.11.2017 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Grußwort Ortsvorsteher Alexander Wachter

Ortsvorsteher Wachter begrüßt die anwesenden Stadträte und Besucher aus der Bürgerschaft. Es sei eine schöne Tradition, die erste Lesung des Haushalts in den Teilorten durchzuführen und er freue sich sehr, die Gäste heute in der neuen Mehrzweckhalle willkommen zu heißen. Ein großes Thema in Mettenberg seien nach wie vor die Schäden des Hochwassers aus dem vergangenen Jahr, als rund 40 Keller vollgelaufen seien. Umso mehr freue es ihn, dass der Haushalt finanzielle Mittel für den Ausbau des Hochwasserschutzes in Mettenberg vorsehe. Auch die Verdichtung des ÖPNV begrüße er. In den letzten 25 Jahren habe sich die Bevölkerung in Mettenberg verdreifacht, dies zeige, wie gut es sich hier leben lasse. Obwohl Mettenberg nur drei Kilometer von Biberach entfernt sei, habe sich das dörfliche Leben und das Gemeinschaftsgefühl bewahren lassen.

TOP 2. Bebauungsplanänderung "Rollinstraße/Adenauerallee/Königsbergallee"

2017/190

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/190 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 09.11.2017.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplan „Rollinstraße / Adenauerallee / Königsbergallee“ wird im Bereich der Flurstücke 1244 und 1244/1 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB geändert.**
- 2. Der Änderungsentwurf, Plan Nr. 934/13, Index 1, wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**

TOP 3. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße 19" 2017/197

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/197 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 09.11.2017.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Heidenreich) und restlichen Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Dem Städtebaulichen Vertrag zwischen der JL Hotel Biberach Grundbesitz GmbH und FIDES Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Ulm und der Stadt Biberach wird zugestimmt.

TOP 4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Bahnhofstraße 19" 2017/154
a) Abwägung der Bedenken und Anregungen
b) Satzungsbeschluss

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/154 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 09.11.2017.

StR Heidenreich möchte wissen, weshalb hier bei den Parkplätzen solche Zugeständnisse gemacht worden seien.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass die Bestandsparkplätze mit eingerechnet worden seien.

Sodann folgt die getrennte Abstimmung.

Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 1 Enthaltung (StR Heidenreich) mehrheitlich zugestimmt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die in der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 2017/154 beigefügten Abwägungsvorschläge zu den Stellungnahmen von Bürgern bzw. Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt.**
- 2. Der Bebauungsplan „Bahnhofstraße 19“, Plan Nr. 932/12 vom 14.07.2017, Index 3, im Maßstab 1:500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften wird gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Abs. 1 und 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen.**

**TOP 5. Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Breite III"
 Städtebaulicher Rahmenplan**

2017/191

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/191 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 09.11.2017 und mehrheitliche Beschlussempfehlung im Ortschaftsrat Rißegg am 24.10.2017.

StR Walter berichtet von seiner Korrespondenz mit den Stadtwerken, die ihm mitgeteilt hätten, dass im Neubaugebiet Breite III keine Bushaltestelle vorgesehen sei. Dies sei vom zuständigen Amt versäumt worden. StR Walter hält eine Bushaltestelle für notwendig und bittet, diese in die Planungen mit aufzunehmen.

OB Zeidler sagt zu, dass dies geprüft werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Enthaltung (StR Dr. Wilhelm) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Das Bebauungsplanverfahren wird unter dem Titel „Breite III“ weitergeführt.**
- 2. Der städtebauliche Rahmenplan des Stadtplanungsamtes vom 21.09.2017 wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis dieser Rahmenplanung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.**

**TOP 6. Erlass einer Veränderungssperre nach den §§ 14 ff. BauGB für den 2017/198
Bebauungsplan "Freiburger Straße - Süd"**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/198 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 09.11.2017.

Baudezernent Kuhlmann erläutert, dass das Areal in der Freiburger Straße eine große Rolle spiele und es Kaufinteressenten für Flächen gebe. Ideen für die weitere Planung des Areals sollen mit dem Gemeinderat besprochen werden.

StR Hagel stimmt Baudezernent Kuhlmann zu. In dem Gebiet seien umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen erforderlich. Die Option für die Überplanung des Bahnhofareals sollte man sich nicht nehmen lassen.

StR Dr. Rahm weist darauf hin, dass in dem Areal in den letzten 16 Jahren nicht viel geschehen sei. Aus diesem Grund halte er die Veränderungssperre für nicht vermittelbar. Die SPD-Fraktion werde der Veränderungssperre nicht zustimmen.

StRin Gutermann meint, dass das Gebiet attraktiver werden müsse. Hierfür brauche es die Veränderungssperre.

StR Weber bekundet die Zustimmung der Grünen.

StR Braig meint, dass das Areal schnell überplant werden müsse. Es sei traurig, dass es mittlerweile 16 Jahre her sei, dass einmal der Planungsversuch gemacht wurde. So lange sei nichts unternommen worden, obwohl bekannt gewesen sei, dass sich die e.w.a riss verändern möchte. Die FDP werde sich enthalten, aber unter der Maßgabe, dass nun schnell überplant werde.

StR Heidenreich möchte wissen, weshalb die Flurstücke 2118/12 und 2118/10 nicht enthalten seien.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass es sich hierbei um Bahnflächen handele, die nicht überplant werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 5 Nein-Stimmen (StRe Keil, Mader, Dr. Metzger, Dr. Rahm, StRin Kübler), 3 Enthaltungen (StRe Funk, Dr. Weigele, Braig) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Mit der von der Verwaltung formulierten Begründung wird die dem Antrag beigefügte Satzung über eine Veränderungssperre nach den §§ 14 ff. BauGB beschlossen.

StR Braig teilt die Ansicht, dass das Areal mit Fingerspitzengefühl überplant werden müsse. Es gebe viel kleinzellige, traditionelle Bebauung. Die Veränderungssperre diene auch dem Schutz der Bauherren, die sonst eventuell auf eine Art bauen würden, die dann im Gesamtkontext nicht mehr passen würde.

StR Heidenreich erklärt, dass er sich den Kritikpunkten der SPD anschließe.

Baudezernent Kuhlmann erläutert, dass die Satzung von betroffenen Grundstückseigentümern angefochten werden könne.

Anschließend erfolgt die getrennte Abstimmung.

Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 6 Enthaltungen (StRe Keil, Mader, Dr. Metzger, Dr. Rahm, StRin Kübler, StR Heidenreich) mehrheitlich zugestimmt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 17-032 vom 16.10.2017, gekennzeichneten Bereich wird der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Riedlinger Straße / Fritz-Lieb-Straße“ auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB aufgestellt.**
- 2. Für den Bereich des Bebauungsplanes wird eine Satzung über die Veränderungssperre auf der Grundlage von § 14 BauGB erlassen.**

TOP 8. Erlass einer Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach an der Riß für die Abteilungen Mettenberg, Ringschnait und Stafflangen 2017/209

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/209 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Ortschaftsrat Mettenberg am 14.11.2017, im Ortschaftsrat Ringschnait am 15.11.2017, im Ortschaftsrat Stafflangen am 16.11.2017 und im Hauptausschuss am 13.11.2017.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Kalkulation der Kostenersätze (Anlage 1 zu Drucksache Nr. 2017/209) für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach für die Abteilungen Mettenberg, Ringschnait und Stafflangen mit den darin enthaltenen Festsetzungen und Ermessensabwägungen wird zugestimmt.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt der als Anlage 2 zu Drucksache Nr. 2017/209 beigefügten Satzung über die Regelung des Kostenersatzes samt dem Verzeichnis der Kostenersätze für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Biberach für die Abteilungen Mettenberg, Ringschnait und Stafflangen zu.**

TOP 9. Verschiedenes - Gutachten Schulstraße 26

StR Heidenreich erkundigt sich, ob das Gutachten zur Schulstraße 26 bereits vorliege.

OB Zeidler erklärt, dass es hierzu im Dezember eine Vorlage geben werde.

TOP 10. 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2018 der Stadt Biberach

OB Zeidler äußert sich wie folgt: "Meine Damen und Herren, was ist ein guter Haushälter oder eine gute Haushälterin? Eine äußerst interessante Betrachtungsweise des Thema Haushalts habe ich bei der 2017 verstorbenen Hollywood Diva Zsa Zsa Gabor aufgeschnappt. Von ihr stammt der Satz "Ich bin eine fabelhafte Haushälterin. Jedes Mal, wenn ich einen Mann verlasse, behalte ich das Haus!" Soweit ihre Definition der fabelhaften Haushälterin und in der Tat, dürfen wir uns auch 2018 in Biberach an einem fabelhaften Haushalt erfreuen. Dass dem so ist haben wir erfolgreichen Unternehmen, fleißigen Mitarbeiter/innen, aber auch in aller Bescheidenheit einer guten Standortpolitik der Stadt zu verdanken.

Eigentlich wollte ich zwei Berliner Themen zu Beginn bemühen. Ich wollte ein Loblied auf den erstarkten Parlamentarismus, auf eine Erhöhung des Spannungsgrades anstimmen und ich wollte eine Steuerreform anmahnen, die diesen Namen auch verdient. Das ist ja seit heute Nacht obsolet, und ich bin wie Sie alle vermutlich sehr gespannt, was man aus diesem Scherbenhaufen macht. Gestern war Volkstrauertag – der hat ja seit dem Jamaika - Scheitern eine Doppelbedeutung! Alles gewinnen oder alles verlieren: Die Parteien haben Angst, und sie haben Ehrgeiz, und sie wissen, welche Rolle Deutschland in Europa spielt. Ohne stabile Bundesregierung formieren sich in der EU und auch in Deutschland Kräfte, die nicht so leicht wieder einzufangen sind, haben sie erst einmal Fuß gefasst. Für mich war gestern kein guter Tag für die Demokratie.

Eines möchte ich dem Bund, aber dann schon noch ins Stammbuch schreiben: Will Deutschland weiter das Zugpferd in Europa bleiben und zudem all die sozialen Wohltaten und auch die Hunderttausende von Flüchtlingen finanzieren, müssen die Wachstumstreiber und -ermöglicher motiviert werden. Durch attraktivere Steuersätze zum Beispiel – siehe Biberacher Haushalt 2018. Gleichzeitig müssen supranationale Monopolunternehmen, die sich mit obszöner Frechheit nirgendwo besteuern lassen, ganz anders zur Rechenschaft gezogen werden, von Panama und Paradise ganz zu schweigen...aber das alles erscheinen mir gerade als die kleineren Probleme!

Doch nun konkret zum Biberacher Haushalt. Die Zahlen sind grandios, die Möglichkeiten prächtig. Auch wir haben einen fabelhaften Haushälter, dem eine nicht minder fabelhafte Kämmerin zur Seite steht. Dadurch: Platz für Träume? Fünf Leitthemen habe ich für die Haushaltsrede 2018 gewählt.

1. Wunschkonzert vor Kommunalwahl? Ihre insgesamt 40 Anträge (57 Anfragen) (– letztes Jahr 68 Anträge), die ich überfliegen konnte, gehen teilweise in diese Richtung und da ist sehr viel Visionäres enthalten. Das ist anzuerkennen. Trotzdem, und hier möchte ich die Schwäbische Zeitung vom 03.11.2017 bemühen: Andreas Herolds hat in seinem Artikel die gute Konjunktur und den rosaroten Himmel über dem Arbeitsmarkt überschrieben mit dem Thema „Kein Freibrief für teure Versprechen“. Das gilt im übertragenen Sinne auch für uns.

Unser Investitionsplan sieht etwa 130 Mio. Euro, 100,7 Mio. Euro mittelfristige Finanzplanung für 4 Jahre und 30 Mio. Euro für 2022, an Investitionen in den kommenden fünf Jahren für Biberach vor. Dann werden wir nahezu alle Kindergärten, Schulen, Straßen und öffentlichen Einrichtungen der Stadt in einer fast zehnjährigen Refreshing-Aktion auf einen sehr guten Stand der Zeit gebracht haben. Auf was ich raus will: Ich sehe unsere Priorität auch für die kommenden Jahre im investiven Bereich. Lassen Sie uns da dran bleiben. Wenn wir nach dieser Phase Raum haben für

Weitergehendes, dann können wir über weitere Entlastungen im Kindergartenbereich aber auch im ÖPNV nachdenken. Aber wir sollten auch aus Gründen der immer wieder viel zitierten Nachhaltigkeit, die es auch auf der finanziellen Seite gibt, vorsichtig sein. Eine kleine weitere finanzielle Hilfestellung ist eine Zahl, die noch nicht im Haushalt steht, die Sie aber kennen sollten. Die Stadt wird 2018 zwischen 4,7 und 5,7 Mio. Euro das ist auch von Beschlüssen des Gremiums abhängig, aus den Krippenverträgen an die Betreiber der Krippen als Nachzahlung für Investitionen und den Betrieb(872 500 Euro) bis ins Jahr 2009 hinein leisten müssen. Verstehen sie das bitte auch als Euphoriebremse.

2. Personalsituation: „Schweizer jagt Dresdner Busfahrer!“ Hintergrund: Der Personalmanager der Züricher Verkehrsbetriebe macht vor Ort bei den Dresdner Verkehrsbetrieb Werbung für seinen Schweizer Betrieb. Die Dresdner sind an Tarife gebunden und haben den fast doppelt so hohen Gehaltsmöglichkeiten in der Schweiz wenig entgegen zu halten.

Bereits jetzt schaffen wir als Stadt es kaum noch das qualifizierte Personal vorzuhalten – sie haben das Anno 2017 dreimal hautnah und direkt miterlebt. Ergänzend: Einen ausgebildeten Elektriker, Informatiker oder Tiefbauer finden sie quasi in freier Wildbahn gar nicht mehr. Das bekommen Sie so hautnah gar nicht mit.

Stichwort Demografie: Über 320 der insgesamt 780 Mitarbeiter der Stadt sind 50 Jahre und älter, das entspricht etwa 41 Prozent. Davon etliche in Führungspositionen. Rein rechnerisch müssten wir ab sofort alle 14 Tage jemanden einstellen, um den Status Quo zu halten. Die professionelle Antwort auf diese Herausforderung ist eine planvolle Personalentwicklung.

Die Stadt hat mit der Kampagne ‚Stadt Biberach- mein Beruf‘ bereits bisher eine wirksame Personalentwicklungsstrategie. Nun gehen wir einen deutlichen Schritt weiter in Sachen Zukunftssicherung. Es gilt unsere Stärken als Arbeitgeber zu erkennen, auszubauen und inhaltlich nach innen; Stichwort: Mitarbeiter halten und binden; und außen; Stichwort: Arbeitgebermarke, Personalmarketing; zu kommunizieren. Deshalb nehmen wir einen ordentlichen Betrag von 100 000 Euro in die Hand. In diesem Prozess wird querdenken und spinnen im positiven Sinne nicht nur erlaubt, sondern erwünscht sein.

Auch das Aussetzen des Stellendeckels haben Sie im Vorfeld signalisiert. Dafür bereits jetzt ein Dankeschön ganz besonders im Namen der Belegschaft. Dies ist ein klares Bekenntnis und starkes Signal an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich freue mich sehr auf diesen Prozess und wenn wir gar niemand finden, müssen wir halt doch wieder in Berlin vorstellig werden.

3. Digitalisierung: „what happens in a Internet minute ?“Auf Deutsch: Was Passiert in einer Internet Minute? 156 Millionen Emails werden versendet, 452 000 Tweets, 342 000 Apps werden downgeloaded, 900 000 Facebook Logins, 3, 5 Mio. Google Logins und 4,1 Millionen You Tube Videos angesehen.

Die digitale Weiterentwicklung unserer Lebenswelten findet auf kommunaler Ebene bereits heute statt. In den Handlungsfeldern Energie, Wasser und Abwasser, Abfallentsorgung, digitale Infrastrukturen, Immobilien und Wohnen, Mobilität, Handel und Logistik, Wirtschaft und Arbeiten, Daseinsvorsorge, Bürgerbeteiligung, Geoinformationen, Bildungssektor etc. ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten für die nachhaltige Gestaltung unserer drängendsten Zukunftsaufgaben: Bekämpfung des Klimawandels und Energiewende, Verringerung der Luftverschmutzung und

Mobilitätswende, Ressourcenschutz, demografischer Wandel und moderne Daseinsvorsorge. Damit die Digitalisierung hilft, unsere Kommunen nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, dürfen die einzelnen Handlungsfelder nicht sektoral oder forschungs- und technologielastrig behandelt werden. Die verschiedenen lokalen Akteure müssen die Aufgaben alltags- und praxisorientiert, interdisziplinär und miteinander verknüpft angehen – wir zum Beispiel mit unserer Hochschule, mit der IHK, mit anderen Protagonisten. Sei es beim Projekt „Digital Hub“ oder beim Förderprogramm „Zukunftskommune@bw. Sei es die Einbeziehung unseres ITZ plus als Co work Space und Raum für digitale Ideen oder das BIM, Building Information Modeling, Labor unserer Hochschule...Dies alles wird spannende Impulse für den Standort Biberach geben und ist sicherlich ein wichtiger Faktor in der Zukunft.

Dabei gilt folgende Prämisse: Die Digitalisierung darf außerdem nicht zum Selbstzweck werden, sondern muss gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen und einen klaren Nutzen für die Menschen erbringen. Neben der technisch-digitalen Komponente ist damit auch die menschliche Dimension zu beachten.

4. IGI: Die Prosperität unserer Region basiert auf leistungsstarken mittelständischen, überwiegend familiengeführten Unternehmen. Diese wirtschaftliche Situation ist kein Selbstläufer. In der Folge sind neben Umstrukturierungen und Nachverdichtungen am Standort die Entwicklung neuer Betriebsflächen unabdingbar. Da es in Biberach kaum Industrie- und Gewerbebrachen gibt, sind Entwicklungen auf der „grünen Wiese“ zwangsläufig. Deshalb ist es großartig, dass sich die drei nördlich liegenden Gemeinden mit Biberach zu einem Zweckverband IGI Rißtal zusammengeschlossen haben, um auf 45 Hektar industrielle Entwicklungsflächen für die nächsten 30 bis 40 Jahre anbieten zu können.

Der in einem komplexen Verfahren herausgefilterte Standort im nördlichen Rißtal weist im Vergleich zu den anderen untersuchten Optionen die höchste Funktionalität und die geringsten ökologischen und umweltrelevanten Konflikte auf. Ich sehe unsere Region durchaus noch in einer großen Balance zwischen Natur, Umwelt und einer prosperierenden Wirtschaft, aber es ist wichtig, dass wir hierbei sensibel und aufmerksam sind.

Nach Abschluss des Zielabweichungsverfahrens, mit dem wir in den kommenden Wochen rechnen, sind viele von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise der Bürgerinitiative aufgeworfene Fragen zu klären und zu beantworten. Der auf Initiative des Regierungspräsidiums Tübingen durchgeführte Runde Tisch mit den Umweltverbänden und der Bürgerinitiative Ende Oktober hat weitere Klarheit gebracht.

Der Zweckverband hat sich in der letzten Woche konstituiert. Aufgrund der engen Bindung der Familie Handtmann an den Standort Biberach – so meine Einschätzung – wird die Geduld aufgebracht, diese komplizierten und langwierigen Planungsprozesse mitzugehen. Sehr aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist die Mitteilung aus dem Hause Handtmann, die in der SZ vom 3.11. ihren Niederschlag gefunden hat: Das Unternehmen will zu einem Vorreiter in Sachen Elektromotor und E-Mobilität werden. Ich sage das an Sie alle: Wir sollten das Unternehmen bei diesem Strukturwandel begleiten und nicht blockieren, oder gar „fortschicken“ – wie manch durchaus ablehnende Haltung hier im Gemeinderat auch verstanden werden kann.

Mit folgender in eigener Sache gepachtete Moralkeule wird leider auch in diesem Kreis zunehmend argumentiert: Landwirtschaft gut – Industrie böse! Sie wissen alle, dass das so nicht stimmt

- wie alle Pauschalierungen und sich beides sogar gegenseitig bedingt. Leben und leben lassen! Landwirtschaft muss sich entwickeln können und tut dies – auch übrigens mit Blick auf manche bauliche Entwicklung in Außenbereichen und Wirtschaft muss sich verändern und entwickeln können. Ein jeweils einseitig verklärender Blick ist falsch!

5. Aufstieg Mettenberg und B 312: Schon vor vielen Jahren wurde die Idee des „Strategischen Netzes“ entwickelt mit dem Ziel, die für Biberach besonders belastenden Binnen-, Ziel- und Quellverkehre möglichst zielgerichtet um die Innenstadt herum zu den Arbeitsplätzen zu führen. Hier ist die bereits realisierte Nordwestumfahrung mit dem vorgesehenen Anschluss an die B 30 das Schlüsselprojekt. Mit Umsetzung dieses Straßenprojektes haben wir die Chance, die heute stark belasteten Innenstadtstraßen durch parallellaufende Rückbaumaßnahmen deutlich zu entlasten. Es werden Flächen frei für Fußgänger, Radfahrer und den Bus.

Eigentlich sollten wir doch, meine Damen und Herren, den Aufstieg B 30 und die Umfahrungen der B 312 als Einheit sehen und verstehen. Und ich sage Ihnen ehrlich, dass es mich doch sehr verwundert, dass wir uns als Gemeinderat einstimmig für eine Umfahrung von Erlenmoos und Edenbächen, für eine Umfahrung von Ochsenhausen, für eine Umfahrung von Ringschnait einsetzen, aber uns im Rat nicht einstimmig für eine Umfahrung von Biberach engagieren – was der Aufstieg faktisch ist. Offensichtlich ist man bereit die Tatsache, dass gleich zwei Bundesstrassen durch unsere Innenstadt führen, zu akzeptieren, was ich bedauerlich finde. Was mich hierzu je nach Tagesform wütend, ironisch macht oder gar destruktiv verzweifeln lässt, sind die Verfahrenszeiten, die Genehmigungszeiten, die Gutachteritis. Man fragt sich wie die Deutsche Einheit nach 1990 in den neuen Bundesländern infrastrukturell gelingen konnte, denn 27 Jahre später ist da in vielerlei Hinsicht gewaltig Sand im Getriebe!

So heißt es zum Aufstieg aktuell: Die bereits vor vielen Jahren begonnene Umweltverträglichkeitsstudie zur Fixierung des Straßenverlaufs wird Ende des Jahres abgeschlossen. In dieser Voruntersuchung werden mögliche Straßenvarianten auf ihre Wirkung im Verkehrsnetz und umweltrelevante Themen hin untersucht. Wir hoffen, dass auf Basis der auch mit der Ortschaft gemeinsam entwickelten neuen Trasse die Entwurfsplanung vorangetrieben werden kann. Angestrebt wird der Beginn eines Planfeststellungsverfahrens in 2019.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Was hatten wir in den vergangenen Jahren nicht alles für schöne Worte erfunden von der Entschleunigung über die neue Schwerpunktsetzung bis hin zu Fokussierung aufs Kerngeschäft. Auch ich habe mir angesichts anstehender Haushaltsberatungen so ein wunderbares Wort einfallen lassen. Ich wollte Sie beglücken mit dem Begriff der „Kunst der Konstruktiven Reduktion“. Aber um es ehrlich zu sagen, ich glaube da nicht mehr dran. Wir wollen handeln, wir wollen das Tempo hoch halten und das spiegelt sich insbesondere auch im Investitionsvolumen und dadurch auch im Personalhaushalt 2018 ab.

Mir bleibt, ganz herzlich für die Vorbereitung dieses Zahlenwerks zu danken, natürlich wie immer Frau Leonhardt und Herrn Ersten Bürgermeister Wersch. Für beide habe ich jeweils ein Zitat zum Schluss gefunden das ich ganz treffend finde. Frau Leonhardt, Ihnen sei ein Zitat von Dick Armey, einem US-amerikanischen Politiker, gewidmet. Er hat mal gesagt: „Drei Gruppen geben anderer Leute Geld aus: Kinder, Diebe, Politiker. Alle drei Bedürfen der Überwachung!“ Und Herr Wersch, auch Ihnen sei etwas nicht minder Charmantes zugegedacht. Carlo Francis, ein italienischer Schriftsteller hat folgendes über Finanzminister verlautbart, der Sie ja für unsere Stadt sind. „Ein Fi-

nanzminister ist eine seltsame Personalunion von Milchkuh, Hamster und Kettenhund in der Regierung“. Wir alle sind gespannt, welche Tierarten wir heute in Ihnen bestaunen dürfen...

Herzlichen Dank!“

Es wird applaudiert.

EBM Wersch erläutert anhand der als **Anlage 1** beigefügten Präsentation die Zahlen des Haushalts 2018. Er erklärt, dass das Haushaltvolumen bei knapp 194 Millionen Euro liege, um Umlagen bereinigt bei etwas mehr als 88 Millionen Euro. Die veranschlagten Gewerbesteuereinnahmen von 110 Millionen Euro basieren auf der Senkung des Hebesatzes auf 300 Prozentpunkte. Die Konjunktur laufe gut und die Unternehmen hätten gute Zukunftserwartungen. Die Senkung des Hebesatzes auf 300 Prozentpunkte sei ein Zeichen des guten Miteinanders, mit dem man die Unternehmen an die Stadt binden wolle. Zugleich sollen sich die Unternehmen weiter entwickeln können. Der Hebesatz solle daher mittelfristig auf diesem Niveau gehalten werden. Der Einkommenssteueranteil habe sich ebenfalls sehr gut entwickelt. Finanzausgleichs- und Gewerbesteuerumlage seien stabil. In Bezug auf den Verwaltungshaushalt erklärt er, dass die Personalkosten mit 5,3 Prozent erneut ansteigen, da mehrere neue Stellen geschaffen würden. Die Kosten für den Betriebsaufwand würden um 3,7 Prozent steigen. Unter die Zuschüsse für laufende Zwecke falle unter anderem die Einführung des neuen Nahverkehrskonzepts. Dies sei ein wichtiger und richtiger Schritt. Man müsse sich genau überlegen, ob man 1,5 Millionen Euro für einen komplett kostenlosen ÖPNV ausgeben wolle. Insgesamt bleibe ein Haushaltsüberschuss von 17,4 Millionen Euro. Das Volumen des Vermögenshaushalts betrage etwas mehr als 47 Millionen Euro und liege damit konstant bei einem mit rund 45 Millionen Euro sehr hohen Niveau. Im Vermögenshaushalt entfalle der Großteil der Maßnahmen im Tiefbau auf den Hochwasserschutz und auf Straßensanierungen. Aus dem Hochbau seien vor allem das neue Feuerwehrhaus, das ITZ Plus sowie diverse Schulsanierungen zu nennen. Geplant sei, in den Jahren 2018 bis 2021 über 100 Millionen Euro zu investieren. Und dies werde aufgrund von Mehrkosten bedingt durch die gute Konjunktur nicht reichen. Die Personalkosten seien in den letzten Jahren konstant gestiegen. Von 2008 bis 2021 um rund 14 Prozent. Die Maßnahmen sollten eigentlich an das vorhandene Personal angepasst werden, doch hat man sich in Biberach für den umgekehrten Weg entschieden. Das Problem sei nun, auch genügend gute Mitarbeiter zu finden. Die meisten neuen Stellen seien im Bildungsbereich entstanden. Hinsichtlich der Gewerbesteuer rechne er bis zum Jahr 2021 mit einem Aufkommen von rund 125 Millionen Euro. Dieses basiere auf einem Hebesatz von 300 Prozentpunkten. Wichtig sei festzuhalten, dass es sich hierbei um eine Prognose handle. Diese sollte eigentlich sicher sein, es könnte aber auch nach oben gehen. Es gebe sowohl Risiken als auch Chancen. Die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt werde bis zum Jahr 2021 auf rund acht Millionen Euro absinken. Seiner Ansicht nach sollte sich diese bei knapp über 20 Millionen Euro einpendeln. Im Schnitt liege der Finanzbedarf der Stadt pro Jahr bei rund 120 Millionen Euro. Dazu seien von 2018 bis 2021 Entnahmen aus der Rücklage in Höhe von insgesamt rund 78 Millionen Euro nötig. Dies sei seiner Ansicht nach zu viel. Bei der Gesamtfinanzplanung müsse auch berücksichtigt werden, dass noch rund 50 Millionen Euro an Pensionsrückstellungen hinzukommen.

Es wird applaudiert.

StR Walter äußert sich wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger aus Mettenberg und ganz Biberach, wir haben aus dem Munde des Oberbürgermeisters und des Ersten Bürgermeisters die Einschätzung der Verwaltung zum Haushalt 2018 gehört. Es gibt nur Gutes zu berichten, was das Zahlenwerk des Biberacher Haushalts

2018 betrifft. George Bernard Shaw, Dramatiker und Nobelpreisträger für Literatur, bemerkte einmal zum Thema Geld: „Geld ist nichts. Aber viel Geld, das ist etwas anderes.“ Und damit sind wir mitten im Geschehen. Biberach hat viel Geld, weil hier potente Unternehmen ihren Sitz haben und daher hohe, aber auch hart erarbeitete Steuern an die Stadt fließen. Zudem befinden wir uns in einem Land, dem es insgesamt sehr gut geht. Meiner Meinung nach kann man jedoch nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, dass viel Geld zur Verfügung steht und dann ungerührt zur Tagesordnung übergehen. Denn, um noch einmal Shaw zu zitieren: „Viel Geld, das ist etwas anderes.“ Viel Geld erzeugt Emotionen, viel Geld lässt Menschen träumen, Luftschlösser bauen, viel Geld lässt bei den Menschen sehr unterschiedliche Charakterzüge zum Vorschein kommen. Ein Charakterzug ist Gier, Gier nach noch mehr Geld, denn davon kann man ja nie genug haben – ein anderer ist Geiz, extreme Sparsamkeit, denn es kommen ja auch wieder schlechte Jahre – ein weiterer Charakterzug ist Vernunft, denn viel Geld bedeutet Verantwortung, ein sorgsamer Umgang mit Geld ist für die Gegenwart, besonders auch für die Zukunft bedeutsam – und schließlich der Charakterzug Mut, den diejenigen besitzen, die in die Zukunft denken können, um nämlich klug für künftige Generationen vorzusorgen. Im Quadrat dieser vier Charaktereigenschaften bewegen wir uns, wenn wir uns mit dem Haushalt 2018 beschäftigen. Meine Damen und Herren, Sie werden alle vier Charaktereigenschaften sicher entdecken können. Die CDU-Fraktion hat sich logischerweise in ihrer Haushaltsklausur intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Drei Schwerpunkte unserer Fraktion möchte ich heute am Beginn der Haushaltsberatungen für die kommenden Beratungen nennen. Detaillierte Einzelheiten dazu wird es in den kommenden Haupt- und Bauausschusssitzungen geben.

Schwerpunkt 1 – Unternehmen/Wirtschaft/Arbeitsplätze: Hohe Einnahmen, insbesondere sehr hohe Gewerbesteuereinnahmen versetzen unsere Stadt in die komfortable Lage, entspannt in die mittelfristige Zukunft schauen zu können. Die Verwaltung hat uns einen interessanten Vorschlag zu dieser Thematik vorgelegt. Die Gewerbesteuer soll in den nächsten Jahren von 330 auf 300 Punkte gesenkt werden. Trotz dieser Senkung soll das Steueraufkommen steigen. Das klingt paradox, zeigt jedoch, dass unsere Unternehmen, ihre Eigentümer und Geschäftsführer hervorragende zukunftsgerichtete Arbeit geleistet haben und leisten. Wir können diesem aus unserer Sicht vernünftigen Vorschlag folgen, denn dadurch wird in den Unternehmen auch wieder Geld freigesetzt, um Innovationen und Investitionen umsetzen zu können. Innovationen und Investitionen, die wiederum allen Beteiligten, besonders den Arbeitnehmern durch die Sicherung von Arbeitsplätzen, zugutekommen. Im gleichen Atemzug schlagen wir aber auch die Senkung der Grundsteuer A und B um 50 Punkte auf 200 Punkte vor. Damit, und das ist auch Gerechtigkeit, profitieren auch alle Eigenheimbesitzer und alle Mieter von unseren guten Einnahmen. Wir haben das in früheren Jahren abgelehnt, aber in diesem Jahr halten wir den Zeitpunkt für richtig!

Das Interkommunale Industriegebiet IGI nenne ich in diesem Zusammenhang als enorm wichtiges Projekt für Standort- und Zukunftssicherung unserer Unternehmen. Die CDU-Fraktion steht zu 100 Prozent hinter diesem Projekt! Alle hier im Raum wissen, dass sich zum Beispiel die Automobilbranche in einem globalen Umbruch befindet. Wer einem Unternehmen wie der Firma Handtmann, die Automobilzulieferer ist, hier durch Ablehnung des IGI eine Weiterentwicklung im Bereich der Elektromobilität verwehren möchte, verhält sich vielen Tausend davon betroffenen Mitarbeitern und unserer ganzen Region gegenüber wie der Törichte, der den Ast am Baum absägt, auf dem er satt und zufrieden sitzt. Wir brauchen auch dringend die Weiterentwicklung unserer Gewerbegebiete Flugplatz und Mittelbiberacher Steige. Die Unternehmen Liebherr und Vollmer möchten erweitern und etliche Handwerks- und Gewerbebetriebe warten sehnsüchtig

auf einen positiven Bescheid aus der Verwaltung, um ihre Betriebe in eine gute Zukunft führen zu können!

Schwerpunkt 2 – Infrastruktur: Schwerpunkt 2 folgt logisch auf Schwerpunkt 1. Wir brauchen eine intakte, diesen Entwicklungen folgende Infrastruktur. Glasfaser – in aller Munde, aber noch lange nicht in aller Haus oder Betrieb. Die Stadt muss dieses Thema forciierend begleiten! Andere Länder (Japan) haben schon eine Glasfaserabdeckung von 70 Prozent der Haushalte, wir liegen bei knapp 7 Prozent. Unvorstellbar eigentlich!

Wasser – Die Verwaltung stellt dar, wie es möglich werden kann, dass die Stadt wieder die Mehrheit und Entscheidungshoheit bezüglich der Wasserversorgung in die Stadt zurückholen kann. Denn die Trinkwasserversorgung ist eine Leistung der Daseinsvorsorge und gehört zu den Pflichtaufgaben von Städten und Gemeinden.

Straßen – Natürlich generieren Unternehmen und ihre Mitarbeiter Verkehr. Der benötigt nun einmal Straßen, unter anderem den Aufstieg zur B 30 und die Verbindungsstraße Mettenberger - Ulmer Straße, Röhrenöschle, Blosenberg. Mehrfach habe ich für unsere Fraktion schon betont und tue es heute wieder, dass wir uns dabei für ökologisch verträgliche Lösungen sowie bestmögliche Lärmschutzmaßnahmen etc. einsetzen. Wobei sich das Thema Lärm und Emission von Kraftfahrzeugen in den nächsten Jahren durch stetig steigende E-Mobilität deutlich verbessern wird! Das bitte ich die Kritiker auch einmal in ihre Argumentation mit einzubeziehen!

Die CDU-Fraktion war in den vergangenen Jahren die treibende Kraft, was die Verbesserung des ÖPNV angeht. Das neue Buskonzept in Biberach, das jetzt von allen gelobt wird und natürlich nun viele Väter hat, haben wir, wenn ich das einmal so flott formulieren darf, gezeugt. Die Angleichung des Halbstundentakts auf allen Stadtbuslinien, die Abschaffung des Stundentakts in den Ferien, die Verlängerung der Fahrten am Abend und am Samstag, die Beschaffung von Niederflurfahrzeugen für das AnrufSammelTaxi, die neue Haltestellenanzeige im Bus durch gut lesbare Monitore: das alles geschah auf unsere Anträge hin!

Wir freuen uns, dass nun auch alle Teilorte ab Dezember einen Halbstundentakt haben. Nur Ringschnait ist noch außen vor – vielleicht gelingt es, die Gemeinde Ummendorf zu Gesprächen darüber einzuladen, ob die Linie Ringschnait/Ummendorf in den Stadtverkehr integriert werden kann. Dazu fordern wir die Verwaltung auf. Den durch die neuen Linienführungen entstehenden Engpass im Strölinweg möchten wir durch eine Wendepalte in der Weisshauptstraße verhindern. Wir nehmen für dieses neue Konzept zusätzliche circa 500.000 Euro in die Hand. Normalerweise zöge das eine Preiserhöhung nach sich, was wir aber nicht tun! Wie man dann auf die Idee kommen kann, dass der ÖPNV komplett kostenlos sein soll, erschließt sich uns daher überhaupt nicht!

Logischerweise muss der ÖPNV nun durch begleitende Marketingaktionen attraktiv beworben werden, damit mehr Menschen, auch Mettenberger, unsere Busse nutzen. Einen unserer infrastrukturellen Anträge möchte ich hier besonders herausheben. Der Verkehr auf dem Marktplatz soll entspannt werden: Wir beantragen die Prüfung der Ausweisung des Marktplatzes als Einbahnstraße in westlicher Richtung bei gleichzeitiger Umkehrung der Fahrtrichtung der Schrankenstraße. Durch den Wegfall des Begegnungsverkehrs auf dem Marktplatz und am Westende des Marktplatzes / Holzmarkt wird der Marktplatz beruhigt und er bleibt für alle Verkehrsteilnehmer zugänglich, was wir für unabdingbar halten.

Schwerpunkt 3 –Soziales und Kultur: Unser dritter Schwerpunkt ist das Feld Soziales und Kultur. Wie gehen wir mit den Schwächeren unserer Stadt , unserer Gesellschaft um? Dringend benötigen wir weiterhin mehr bezahlbaren Wohnraum. Unser Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft leistet einen guten Beitrag dazu. Einen weiteren Bau preisgünstiger Wohnungen unterstützen wir gerne! Ärgerlich ist, dass unser letztes Jahr gestellter Antrag auf eine behindertengerechte „Toilette für alle“ – so meinen wir - von der Verwaltung überhaupt nicht ernst genommen und immer wieder totgeschwiegen oder abgelehnt wird. Inklusion in allen Altersstufen muss ernst genommen werden, der Beirat für Inklusion hat gute Vorschläge für entsprechende Standorte gemacht. Die Betreuung unserer Kinder in Krippen, Kindergärten und Schulen ist auf einem über dem Durchschnitt des Landes befindlichen hohen Niveau bei gleichzeitig sogar vergünstigten Beiträgen der Eltern. Das leisten wir uns gerne, weil es im Moment auch leistbar, eben finanzierbar ist. An dieser Stelle ein Wort zum Stellenplan. In den letzten Jahren wurden überdurchschnittlich viele Stellen im Bereich Betreuung geschaffen, immer auch mit den Stimmen der CDU. Unser Antrag auf Stellendeckelung wurde dennoch letztes Jahr mehrheitlich verlängert. Ein Hilferuf der Verwaltung, der den Ältestenrat im Sommer erreichte, hat unsere Fraktion zu einem Umdenken bewogen. Wir haben in den nächsten Jahren exorbitant viele Aufgaben zu bewältigen, schauen Sie in den Investitionsplan, große Baugebiete stehen an, Hauderboschen, Breite in Rindenmoos und Alte Klinik. Die CDU-Fraktion ist bereit, den Stellendeckungsbeschluss, der eigentlich immer nur ein Stellendämpfungsbeschluss war, einzufrieren. Abschaffen möchten wir ihn nicht, denn er soll ein Mahnzeichen für die Verwaltung sein. Wir kehren gerne zur früher geübten Einzeldiskussion der Stellenanträge der Verwaltung zurück. Kultur hat in Biberach einen hohen Stellenwert, den wir gerne so weiter führen möchten. Die äußerst gelungene Aufführung der Oper „Fidelio“ sei genannt, genauso wie das 25jährige Jubiläum der Gründung der JugendKunstSchule. Viele Ehrenamtliche, begeisterte Menschen, aber auch ideelle und finanzielle Förderer unterstützen diese und vieles mehr. Wir gratulieren der Stadtbücherei zur Verleihung des Deutschen Lesepreises, das heißt dem ersten Platz im Bereich „Herausragendes kommunales Engagement“ für ihr Leseförderungsprojekt „Netzwerk Lesen“. In diesem Projekt haben sich 54 Bildungseinrichtungen in Biberach zusammengeschlossen, um die Leseförderung für Kinder und Jugendliche nachhaltig und verlässlich zu gestalten. Das ist so ein typisches Beispiel, wie Soziales und Kultur Hand in Hand gehen und für uns im besten Sinne! Das Justinus-Heinrich-Knecht-Jubiläumsjahr ist aus unserer Sicht ebenso sehr gelungen. Den Vorschlag des Vorsitzenden des Musikvereins, Werner Krug, finden wir so gut, dass er uns veranlasst hat, einen Antrag auf die Schaffung und Aufstellung einer Justinus-Heinrich-Knecht-Büste zu stellen. Das Engagement unserer Vereine und Ehrenamtlichen unterstützen und fördern wir durch in den vergangenen Jahren gefasste großzügige Beschlüsse. Daran halten wir fest. Stellvertretend sei hier das Lokale Bündnis Familie aufgeführt, das seit Jahren aufzeigt, wo wir auf dem breiten Aktionsfeld der kommunalen Aufgaben für Familien stehen, wo wir stark sind und wo Nachholbedarf besteht. Die Stadt bekam dafür jüngst vom Land das Prädikat „Familienbewusste Kommune Plus“. Meine Damen und Herren: viel Geld, viele Worte, aber seien Sie versichert: Ich verspreche Ihnen dazu von Seiten der CDU-Fraktion viele Taten! Ganz im Sinne Johann Wolfgang von Goethes, der im „Faust“ so treffend schrieb: „Der Worte sind genug gewechselt, Laßt mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechselt, Kann etwas Nützliches geschehn.“

Es wird applaudiert.

StRin Kübler äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Herren Erster Bürgermeister Wersch, Baubürgermeister Kuhlmann und Kulturdezernent Dr. Riedlbauer, sehr geehrter Herr Wachter, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemein-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

derats, liebe Mettenberger Bürgerschaft, nachdem heute mit der 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfes eine der wichtigsten Gemeinderatssitzungen im Jahr in der neugebauten Mehrzweckhalle in Mettenberg stattfindet, möchte ich zunächst meine Freude zum Ausdruck bringen, dass nun die, man kann schon sagen, unendliche Geschichte „Sanierung MZH Mettenberg“ ein gutes Ende gefunden hat. Das lange Warten hat sich in der Hinsicht gelohnt, dass wir heute in einem komfortablen Neubau tagen dürfen. Ich denke, dass sehen Sie, liebe Mettenberger, ebenso.

Auch nehme ich immer wieder gerne die Gelegenheit wahr, nach Mettenberg zu kommen, sei es zur Storchenwaldaktion, zum Schulfest oder wie zuletzt zur Sichelhenke. Nun zu meinen Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2018. Gut gefüllte Haushaltskassen nicht nur bei der Stadt Biberach, auch im Bund sowie im Land, hier rechnet man sogar mit 2 Milliarden an Mehreinnahmen. Das ist die Message, die in den letzten Tagen in den Medien zu lesen oder hören war. Im selben Atemzug wurde aber auch gemeldet: „6,9 Millionen Deutsche in der Schuldenfalle – Immer öfter trifft es die Mittelschicht.“ Auch der Kreis Biberach ist mit einer Überschuldungsquote von 6,61 Prozent dabei und liegt dabei im Mittelfeld in Baden-Württemberg.

Was ansonsten die große Politik und die neueste Meldung über die gescheiterten Jamaika-Sondierungsgespräche betrifft, halte ich mich lieber zurück. Wie wir soeben von Herrn Finanzbürgermeister Wersch präsentiert bekamen, können wir weiterhin mit hohen Gewerbesteuererträgen rechnen. Dies verdanken wir unseren innovativen, gut und solide aufgestellten Unternehmen, die größtenteils internationales hohes Ansehen genießen. Das weiß die SPD-Fraktion sehr zu schätzen und dankt den Wirtschaftsunternehmen für Ihre Treue am Standort Biberach. Auch die Einkommensteuereinnahmen sind steigend. Und das haben wir wiederum den Beschäftigten aus Stadt und Landkreis zu verdanken. Nachdem Biberach mit 2,4 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in der Region aufweisen kann, kommt man schnell zur Meinung, in BC gibt es so gut wie keine Menschen, die in Altersarmut leben. Doch die steigende Zahl der nach bezahlbarem Wohnraum Suchenden und die fehlenden Räumlichkeiten für Obdachlose ist nicht zu übersehen. Wir haben viele Jahre die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gefordert – nun kommt die Stadt in die Gänge – spät ist immerhin besser als nie.

Vor gut einer Woche hat sich die SPD-Fraktion einen ganzen Samstag mit dem städtischen Haushaltsplan 2018 befasst. Erstes Fazit war: Macht viel Geld träge? Wie können wir der Bürgerschaft in Zeiten der gut gefüllten Kassen etwas davon zurückgeben?

Macht viel Geld träge? Es liegt uns ein solider Haushalt vor, aber, und darin waren wir uns unabhängig voneinander einig, es fehlen darin Ideen und Visionen. Visionen, wie: Wo sehen wir Biberach in 10 – 20 Jahren? Wir erkennen in diesem Haushaltsplan ein reines „weiter so“ – nur ein „Verwalten“ statt „Gestalten“. Ist das im Sinne der Mehrheit der Bürgerschaft?

Was wir mit den fehlenden Zukunftsvisionen meinen, möchte ich an einem Beispiel festmachen. Die Studierendenzahl an der Hochschule Biberach steigt ständig an. Das Innovations- und Technologiezentrum soll den Hochschulstandort weiterhin stärken. Die Kosten für dieses Zentrum sind im Haushaltsplan benannt, doch nicht, was für Chancen für Stadt, Unternehmungen und Hochschule damit verbunden sind. Kooperationen und Weiterentwicklung der Hochschule sollten der Stadt ein großes Anliegen sein, um Gründungen auf diesem Weg zu erreichen und um damit dem Fachkräftemangel für unsere Unternehmen aktiv zu begegnen. Zum Beispiel bilden die Studiengänge in der Biotechnologie Fachkräfte aus, die bestens zum Anforderungsprofil der Firma Boehringer passen.

Auch die immer wiederkehrenden Hinweise des Finanzdezernenten und seiner Kämmerin, auf die Risiken zu achten, ähneln zwischenzeitlich einem Mantra. Diese sind: 1. Die wenigen großen Gewerbesteuerzahler; 2. Abschreibungen erwirtschaften; 3. Auf Kostendeckungsgrade achten; 4. Gebührenerhöhungen notwendig; 5. Ausreichend Rücklagen bilden. Solide und gut verwaltet nennt man sowas. Nichts zu spüren von einer aktiven, lebendigen und prosperierenden Stadt, die wächst und weiteres Wachstum vor sich hat. Mit dem Markenbildungsprozess wird unseres Erachtens zu kurz gesprungen, außerdem fehlt uns hierbei die Nachhaltigkeit.

Fachkräftemangel ist in aller Munde. Diese Problematik wird nun endlich auch in der Stadtverwaltung erkannt. Jetzt ist es höchste Zeit, dass reagiert wird. Ein Personalentwicklungskonzept zur Personalbindung und -findung muss her – ein richtiger und wichtiger Ansatz meinen wir – nur eben aus unserer Sicht etwas zu spät. Der Stellenplan zeigt einen erheblichen Nachholbedarf auf. Der seit einigen Jahren gesetzte Stellendeckel hat die natürliche und notwendige Entwicklung verhindert – es entstand ein Stau im Personalbereich, der sich jetzt in einer „Flutwelle“ entlädt, vor allem wenn man die Entwicklung der Altersstruktur aller Mitarbeiter betrachtet. Von 770 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist fast die Hälfte über 50 Jahre. Kontinuität wäre besser gewesen. Wir begrüßen nun die Entwicklung einer neuen Personalstrategie, die auch das für uns bedeutende Thema „Wertschätzung“ beinhalten soll. Das Motto „Biberach – mein Beruf“ hierfür finden wir gut und sind gespannt auf die ersten detaillierten Ergebnisse.

Zu Punkt 2 unseres Fazits: Wie können wir der Bürgerschaft etwas zurückgeben? Unserer Bürgerschaft liegt die Stadtentwicklung sehr am Herzen. Allein die neueste Diskussion um das Pestalozzihaus und dem angestoßenen Bürgerbegehren, was unseres Erachtens wohlwollend begleitet werden sollte, zeigt das deutlich auf. Mit der Erstellung eines Investitionsprogrammes 2022, in dem es größtenteils um notwendige Sanierungsmaßnahmen geht, ist der Bereich Stadtentwicklung aus der Haushaltsdiskussion herausgenommen worden. Die Beschlussfassung über weitere Planungen und Fortschreibung wurde verlagert. Folge davon ist, dass sich die Haushaltsplandebatte mehr oder weniger auf die „inneren“ Probleme, wie zum Beispiel Gebühren- und Personalfragen konzentriert. Ist das der richtige Weg? Diese Frage taucht bei uns immer öfter auf, denn Stadtentwicklung und Aufstellung der Verwaltung gehören zusammen und dafür ist der Haushaltsplan vorgesehen. Eben diesen Zusammenhang will die SPD-Fraktion wiederherstellen. Mit den gestellten Anträgen wollen wir einen kleinen Teil dazu beitragen.

Unser erster Antrag befasst sich, wie wir bereits im September-Interview angekündigt haben, mit dem ÖPNV. Wir sind davon abgerückt, das verwaltungstechnisch anscheinend schwierig umsetzbare 1 Euro-Ticket zu fordern, sondern gehen noch einen Schritt weiter, und fordern heute, auch wenn Kosten von 1,5 Millionen Euro im Raum stehen, einen kostenlosen ÖPNV für zunächst einmal zwei Jahre, der mit dem neuen Nahverkehrskonzept eine absolute Attraktivitätssteigerung für die Stadt sowie für den Einzelhandel bedeutet. Aber, was uns viel wichtiger ist, wir können den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer Arbeitskraft zum Wohlstand der Stadt beitragen, etwas zurückgeben.

Mit Antrag Nr. 2 fordern wir die Schaffung eines zentralen, überdachten, diebstahlsicheren Fahrradstellplatzes auf dem Hafenplatz, der auch mit eBike-Ladestationen und Schließfächer ausgestattet werden soll. Biberach zählt seit 2014 zum Kreis von 46 Landkreisen, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, die sich fahrradfreundliche Kommune nennen dürfen. Und das Radfahren, gerade mit dem E-Bike wird, ob bei Alt oder Jung, immer beliebter. Daher wird es doch

höchste Zeit, dass ein zentraler Abstellplatz in der Innenstadt errichtet wird. Erst im letzten Bauausschuss wurde das Thema abermals aufgegriffen. Doch wir befürchten, dass nur wieder im klein, klein Fahrradbügel angebracht werden.

Antrag Nr. 3: Gesetzt ist bereits, dass als Ersatz für das Lehrschwimmbecken in Birkendorf am Hallensportbad ein neues Lehrschwimmbecken entstehen soll. Unser Antrag lautet: Wir fordern eine zukunftsgerechte und barrierefreie Planung des künftigen Lehrschwimmbeckens am Hallenbad gemäß den Anforderungen der Vereine und Schulen. Dabei ist uns wichtig, dass Vertreter der Vereine und der Schulen bei der Planung sich einbringen können, damit nicht nochmals der Fehler passiert, dass an der Kapazität und an der bisher fehlenden Barrierefreiheit vorbei gebaut wird.

Mit Antrag Nr. 4 fordern wir die Entwicklung eines Konzeptes, den Sportplatz Lindele als Freizeitplatz für Jugendliche und Familien umzuwidmen. Wie wir beobachten konnten, wird dieser Platz als Sportplatz in dem Sinne nicht mehr so genutzt. Wir wollen aber diese Freizeitanlage erhalten und wir denken, dass mit minimalen Umbaumaßnahmen dieser Platz wieder an Attraktivität gewinnt.

Mit Antrag Nr. 5 fordern wir eine Luftschadstoffmessung an viel befahrenen Kreuzungen, wie Königsbergallee/Waldseerstraße, Evangelischer Friedhof/Ulmerstraße, Ulmer Tor/Bismarckring, sowie an der Wieland- und Riedlingerstraße. Der Hintergrund sind die Werteüberschreitungen in Ravensburg, über die erst kürzlich berichtet wurde – wir würden auch gerne die Werte für Biberach kennen. Gute Werte wären erfreulich. Weniger Gute könnten bei der Argumentation „Schwerlastverkehr aus der Stadt“ in Richtung Nordwestumfahrung helfen.

Antrag Nr. 6: Mitteleinstellung für Buswartehäuschen in der Banatstraße und im Gutenbrunnweg. Lange ÖPNV-Routen sollten genügend überdachte Haltestellen haben. Hierbei handelt es sich um eine wiederholte Antragstellung. Zu den Haushaltsplanberatungen 2017 wurde auf das in Arbeit befindliche Nahverkehrskonzept mit möglichen neuen Verkehrslinien verwiesen, welches nun fertiggestellt ist.

Antrag Nr. 7: Die Thematik Sanierungsgebiete ist auf viele Haushaltsstellen verteilt. Zur besseren Übersicht fordern wir eine Darstellung sämtlicher Sanierungsgebiete, einschließlich laufender Gutachten, Kosten und möglichen Zuschüssen.

Unser letzter Antrag Nr. 8 greift nochmals die Anlage 13 auf. Wir beantragen im Zuge der Umstellung auf die Doppik, die Anlage 13 nach „Überbegriffen“ zu sortieren. Diese beiden letzten Anträge laufen bei uns unter dem Begriff transparente und bürgerfreundliche Verwaltung.

Wie bereits erwähnt, ist das Thema Investitionsprogramm bereits im September im Gemeinderat abgehandelt worden. Dafür möchte ich noch ein paar allgemeine Anmerkungen loswerden. Biberachs Kultureinrichtungen, die auch einen gewichtigen Part in unserer Stadt einnehmen, leisten eine hervorragende Arbeit. Das Braith-Mail Museum ist mit seinen wechselnden Ausstellungen und der Vielfalt an Themen ein Besuchermagnet. Die gut besuchten Ausstellungseröffnungen sprechen für sich. In der Bruno Frey-Musikschule sowie bei den Musikkapellen in unseren Ortsteilen ist die Jugendarbeit in sehr guten Händen. Die Stadtbücherei wurde erst vor kurzem zum wiederholten Male ausgezeichnet. Dieses Mal für ihre gute und so wichtige Netzwerkarbeit. Aber auch die JUKS und das Stadtteilhaus und jetzt noch ganz neu, das Jugendhaus mit ihren reichhaltigen und interessanten Angeboten für Jung und Alt tragen zur Lebendigkeit und Vielseitigkeit in

unserer Stadt bei. Nicht zu vergessen ist Biberachs Vereinsleben – einfach toll und ein wichtiger Standortfaktor.

Doch zum Beispiel die Volkshochschule mit ihren derzeitigen Schwerpunkten ‚Integrationskurse und Sprachförderung für Flüchtlinge‘ stößt räumlich und personell damit an ihre Grenzen. Mit dieser Aufzählung wollen wir darauf hinweisen, dass all diese Einrichtungen finanziell so ausgestattet werden müssen, damit sie weiterhin diese beachtliche Arbeit weiterführen können. Das werden wir im neuen Haushaltsjahr genauestens beobachten, um bei Bedarf mit Anträgen zu reagieren.

Der Hinweis auf notwendige Gebührenerhöhungen zieht sich den ganzen Haushaltsplan hindurch. Wir können heute schon sagen, dass wir in 2018 keiner Gebührenerhöhung zustimmen werden. Den aktuellen Erhöhungen hatten wir unter der Prämisse zugestimmt, dass der Stadtpass für die einkommensschwachen Menschen diese zum großen Teil abfedern kann. Automatischen Gebührenanpassungen jeweils nach 5 Jahren widersetzen wir uns nicht. Auch meinen wir, dass eine Stadt mit dieser guten finanziellen Ausstattung eine gewisse Zeit, auch wenn die Kostendeckungsgrade gegenteiliges aussagen, auf Gebührenerhöhungen verzichten kann. Denn es sind auch diese Elternteile, die zu den hohen Gewerbesteuererträgen beitragen. Dafür werden wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen, den Hebesatz zur Gewerbesteuer von heute 330 Punkte zu senken. Ob es letztendlich die vorgeschlagenen 30 oder nur 20 Punkte werden sollen, wird sich in der Diskussion ergeben.

Für die SPD-Fraktion ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, den hohen Standard, den wir uns derzeit beim Neubau von Einrichtungen leisten und der letztendlich mit höheren Gebühren teilweise gegenfinanziert werden soll, zumindest auf die baurechtlichen Anforderungen zu reduzieren, oder über Alternativen nachzudenken.

Erfreulich ist, dass das Mammutprojekt B 312-Ortsumfahrung einen Schritt weitergekommen ist. Die Vorplanungen sind an das Regierungspräsidium Tübingen zur Einleitung des Raumordnungsverfahrens weitergeleitet. Für unseren Teilort Ringschnait geht es nachvollziehbar immer noch zu langsam. Trotzdem sind wir froh darüber, dass im letzten Bauausschuss Einigkeit darüber herrschte, in dieser Phase hier nicht ein Teilstück herausbrechen zu wollen, was eventuell zu weiteren Verzögerungen führen könnte.

Fehlende Grundstücke für die Weiterentwicklung unserer Stadt, sei es für Gewerbe wie auch für den Wohnungsbau, ist ein Thema, das uns nach wie vor bewegt. Im letzten Bauausschuss wurden wir wegen unserer Kritik an der Vorgabe des Bebauungsplanes, zu große Grundstücke in Rindenmoos zur Verfügung zu stellen und nicht mit verdichteter Bauweise diese Grundstücke zu vermarkten, schwer angegangen. Eine Woche später lese ich, dass Ummendorf bewusst das umsetzt, was wir forderten. Kleinere Parzellen für mehr Wohnraum – eben vor dem Hintergrund, dass der Baugrund in unserer Region endlich ist. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, können wir nur dazu sagen.

So, nun habe ich die vorgegebene Zeit überschritten. Doch bevor ich nun meine Ausführungen beende, möchte ich der Verwaltungsspitze sowie allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit danken. Allen ehrenamtlichen Kräften, und davon gibt es in Biberach eine hohe Anzahl, danken wir für Ihren unermüdlichen Einsatz. Bleiben Sie uns weiterhin treu. Biberach wäre ein Stück ärmer, wenn wir Sie nicht hätten.

Wir haben uns dieses Jahr mit unseren Anträgen auf das Wesentliche konzentriert und gehen nun ganz entspannt in die Haushaltsplanberatungen. Ihnen allen danke ich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.“

Es wird applaudiert.

StR Dr. Schmid äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Ortschaftsräte, Pressevertreter und Bürger! Wie bekannt, sind die Kernthemen meiner Fraktion der Grünen die Natur und der Umweltschutz, und aktuell damit verbunden der Mobilitätswandel. Diese Themen stelle ich in den Mittelpunkt meiner diesjährigen Haushaltsrede, werde aber im Weiteren unsere Positionen in anderen kommunalen Politikfeldern darlegen.

Wir registrieren alle, bei uns in Oberschwaben wird es wärmer und trockener. Wir haben vermehrt extremes Wetter mit Starkregen und Überschwemmungen, zudem Trockenphasen mit einem historisch niedrigen Grundwasserspiegel, heimische Tierarten und Pflanzen werden zurückgedrängt und so weiter, und so weiter...Kurzum, Biberach ist bereits konkret vom Klimawandel betroffen. Die Klimaerwärmung und deren Auswirkungen können wir nicht mehr stoppen – doch wir können sie begrenzen, und ich meine, dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.

Kommunalpolitisch bedeutet dies für uns, dass ökologische Betrachtungen verstärkt in unsere Entscheidungsfindungen im Gemeinderat einfließen müssen, wie der Mobilitätswandel. Es ist unübersehbar, in Biberach nimmt der Autoverkehr mit Staus zu den Rush-Hours stetig zu, Straßen und Plätze in der Innenstadt werden zunehmend zu Verkehrsflächen. Biberach entwickelt sich zu einer „Auto-Stadt“, einhergehend mit hohen Lärm- und Schadstoffbelastungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bürger. In diesem Zusammenhang beantragen wir eine Messstelle um die Luftqualität beziehungsweise die Schadstoffbelastung in der Innenstadt erfassen zu können.

Es ist höchste Zeit bei der Mobilität in unserer Stadt gegenzusteuern auf umweltfreundlichere und zukunftsfähigere Formen wie Elektromobilität, Rad- und Fußverkehr sowie öffentlicher Personennahverkehr. Biberach bekommt nun im Dezember ein neues Stadtbuskonzept mit Taktverdichtung, besserem Fahrplanangebot und kürzeren Fahrzeiten – einen „Super ÖPNV“. Hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs stehen uns noch wichtige Aufgaben vor, wie die Vertaktung mit dem Umland und der Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofes.

Meine Damen und Herren, dieses Buskonzept muss ein Erfolg werden, denn nur so können wir erreichen: Weniger Autos, weniger Staus, weniger Parkplatzsuchende und damit weniger CO₂-Ausstoß und bessere Luft. Zudem böte dies die Option, Verkehrsflächen zu sozialen Räumen umzuwandeln und somit die Innenstadt zu beleben. Um den Wechsel zahlreicher Autofahrer auf den Bus zu erleichtern, beantragen wir für die nächsten zwei Jahre einen „kostenfreien Einstieg“ in den Stadtbus. Die hierfür entstehenden Kosten erscheinen uns mehr als sinnvoll und sind vergleichbar mit dem für die Autofahrer subventionierten Parkhauskonzept "erste Stunde kostenfrei“. Wir sind überzeugt, dass der Stadtbus von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird, wenn dieser pünktlich, zuverlässig und preiswert ist.

Flächennutzung: Unsere heimische Kulturlandschaft wird seit Jahrzehnten durch Bebauungen zurückgedrängt. In den letzten Jahren haben wir die Baugebiete Talfeld, Hochvogelstraße, Hauderboschen und die Breite in Rindenmoos sowie die Gewerbegebiete im Aspach und am Flughafen mit ausgewiesen. Doch der Ruf im Gemeinderat nach weiterem Bauland für den Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen ist unüberhörbar. Meine Fraktion steht dem kritisch und weitgehend ablehnend gegenüber, denn unser Ziel beim Flächenverbrauch ist die Netto-Null. Wir stehen für den Erhalt von naturbelassenen Flächen und geben bei Bebauungen der Innenentwicklung und Nachverdichtung in der Stadt sowie in den Ortsteilen den Vorrang.

Wirtschafts- und Steuerpolitik: Biberach ist wirtschaftlich bestens aufgestellt. Unsere heimische Wirtschaft ist seit Jahren äußerst dynamisch, robust und erfolgreich. Die Prognosen gehen von einem weiteren Wachstum in unserer Raumschaft aus. Wir stehen zu unserer heimischen Wirtschaft. Wir wollen Unternehmen besonders fördern, die sich durch kommunalen Nutzen, Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit auszeichnen und stehen kritisch denen gegenüber, die hohe soziale Kosten, Umweltbelastungen und Flächenverbrauch aufweisen. Dies ist der Grund, warum sich meine Fraktion gegen das geplante Interkommunale Industriegebiet im Risstal ausspricht.

Dem Geschick und Fleiß unserer Unternehmen sowie deren Mitarbeiter ist der soziale Wohlstand unserer Stadt im Wesentlichen zu verdanken. Wir haben seit Jahren Steuereinnahmen auf Rekordniveau, und nach den Prognosen wird dies die nächsten Jahre anhalten. Damit können wir unser ambitioniertes Investitionsprogramm finanzieren und den städtischen Haushalt weiter konsolidieren. Aufgrund der hohen Steuereinnahmen erscheint uns ein Befassen mit Absenkungen der Gewerbe- und Grundsteuer und einem kostenfreien Kindergartenjahr als gerechtfertigt.

Personalpolitik: Der Fachkräftemangel ist in Biberach angekommen. Die Personalfindung und -beschaffung wird immer mehr zur Herausforderung. Der Arbeitgeber „Stadt Biberach“ steht zudem in Konkurrenz mit der Wirtschaft. Durch den seit Jahren bestehenden Stellendeckelungsbeschluss werden bei der Stadt die personellen Ressourcen zu einem zunehmend begrenzenden Faktor: Vorhandene Stellen werden teilweise nicht adäquat besetzt, Projekte zunehmend fremdvergeben, und beim Bau ergeben sich Mängel in der Planung, Umsetzung und Kostenkontrolle.

Meine Damen und Herren, der Stellendeckelungsbeschluss führte nicht zu den erhofften Kosteneinsparungen und schränkt unser kommunalpolitisches Handeln ein. Meine Fraktion fordert eine schlanke, aber letztendlich flexible und an kommunalen Herausforderungen orientierte Personalpolitik. Von daher beantragen wir die Aufhebung des Beschlusses „Deckelung der Personalstellen bei der Stadtverwaltung“. Der von der Stadtverwaltung vorgelegte Stellenplan 2018 mit den darin enthaltenen zusätzlichen Personalstellen erscheint uns schlüssig und nachvollziehbar. Von daher wird der Stellenplan 2018 durch meine Fraktion eine überwiegende Zustimmung erfahren.

Mettenberg: Das Ende meiner Rede gebührt unseren Mettenberger Gastgebern. Gestatten Sie mir, dass ich vorab unserem Fraktionskollegen Jo Weber einen herzlichen Dank und ein Vergelt's Gott ausspreche: Für Deinen naturgrünen, engagierten und authentischen Einsatz für Mettenberg und Biberach. Nicht umsonst bist Du der Stimmenkönig. Zum Ortsteil selbst: Mettenberg ist in seinem Ortskern durch eine bäuerlich intakte Landwirtschaft und angrenzenden Neubaugebieten gekennzeichnet, indem das Zusammenleben von alteingesessenen Mettenbergern und Zugezogenen bestens klappt. So können zum Beispiel Bauern problemlos ihre Viecher durch Neubaugebiete auf ihre Wiesen treiben. Kurzum Mettenberg hat eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft mit einem sehr regen Vereinsleben. Und hierzu passt bestens diese neue Halle! Bei deren

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

Einweihung durfte ich selbst erleben wie freudig, warmherzig und im gemeinsamen Miteinander die Feierlichkeiten gestaltet wurden. Die Verkehrsanbindung Mettenbergs an die Kernstadt zeichnet sich durch eine Vielfalt aus. Neben der Landstraße mit dem Nadelöhr Bergerhauser Straße ergeben sich Alternativen: der gut ausgebaute Fuß- und Radweg und der Stadtbus, der im nächsten Monat sich deutlich verbessert darstellt. Leider fand Mettenbergs Wunsch nach einem „Mitfahrbänkle“ keine Gegenliebe bei der Stadtverwaltung.

Keine Sorge meine Damen und Herren, ich steige nicht erneut in das Thema Mobilitätswende ein und beende meine Haushaltsrede mit einem Appell an Sie, liebe Mettenbergerinnen und Mettenberger. Bleibt weiter kommunalpolitisch rege mit eurem agilen Ortschaftsrat und engagierten Ortsvorsteher Alexander Wachter. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Es wird applaudiert.

StR Heinkele äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister Wersch und Kuhlmann, sehr geehrter Herr Wachter, meine Damen und Herren, im Namen der FW-Fraktion möchte ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zusammen mit der Verwaltungsspitze und allen Mitarbeitern den Dank für die geleistete Arbeit der letzten Monate ausdrücken. Dieser Dank gilt hinsichtlich des Haushaltsplans 2018 vor allem Frau Leonhardt und ihrem Team, wobei uns sehr wohl bewusst ist, dass die anderen Mitarbeiter mitspielen müssen, damit dieses umfangreiche Werk pünktlich fertig wird und dabei auch lesbar und verständlich bleibt. Ein herzlicher Dank geht auch an Herrn Wachter, den Hausherrn dieser wunderschönen Turn- und Festhalle dafür, dass wir heute bei Ihnen zu Gast sein dürfen.

Der Haushaltsplan 2018 sieht circa 241 Millionen Euro vor, wobei sich der Vermögenshaushalt geringfügig auf 47,5 Millionen Euro erhöht. Der Verwaltungshaushalt ist erneut gekennzeichnet von hohen Steuereinnahmen bei allen wichtigen Steuerarten, was eine Folge der allgemein guten Konjunktur und bestimmter Einmaleffekte ist. Die starke Abhängigkeit Biberachs von wenigen großen Gewerbesteuerzahlern bei einer Gewerbesteuerquote von 57 Prozent steht nach wie vor als Warnung im Raum, in fetten Jahren für eine ausreichende Bildung von Rücklagen als Risikovorsorge zu sorgen. Zur Notwendigkeit einer ausreichenden Risikovorsorge sollen folgende Informationen dienen: seit Jahren an üppige Gewerbesteuermillionen gewöhnt war Ingolstadt gezwungen eine Haushaltssperre zu verhängen, nachdem Braunschweig und Wolfsburg ähnliche Maßnahmen wegen der VW/Audi-Misere ergriffen haben. Ähnliche Zwänge gab es bei Rosenheim und Darmstadt, denen wichtige Gewerbesteuerzahler ausgefallen sind. Um uns in Biberach eine solche Situation zu ersparen, haben wir daher den Generalantrag gestellt, dass zusätzlich eingehende Gewerbesteuereinnahmen der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden und nicht zu neuen Investitionen führen dürfen. Dies ist auch der einzige Antrag, den ich hier darstellen möchte. Natürlich hoffen wir, dass unsere Gewerbesteuerzahler weiterhin von der guten Konjunktur profitieren können.

Die Freien Wähler begrüßen es, dass die Verwaltung für das Haushaltjahr 2017 eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von bis zu 18 Millionen Euro vorsieht, für 2018 ist eine vergleichbare Größe geplant. In diese Größe ist der Steuerausfall durch die geplante Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 300 Punkte bereits eingerechnet. Für uns Freie Wähler stellt diese Steuersenkung eine geeignete Form von Wirtschaftsförderung dar. Da Personengesellschaften aufgrund der Steuersystematik von dieser Gewerbesteuer senkung in der Regel nicht profitieren, halten wir eine Senkung der Grundsteuer um 50 Punkte für vertretbar, die wir im Übrigen schon vor zwei Jahren vergebens beantragt hatten. Eine Grundsteuersenkung kommt auch Grundstückseigen-

tümern und Mietern zugute, die zusätzlich vom stark verbesserten ÖPNV und den 2018 deutlich angehobenen Vereinszuschüssen mit dem stattlichen Gesamtbetrag von insgesamt 12,4 Millionen Euro profitieren können.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sind exzellent, in Biberach sowieso. Der daraus resultierenden Verlockung, viele und kostspielige Projekte anzugehen, sind Verwaltung und Gemeinderat in den letzten Jahren erlegen. Das jährlich neu aufgelegte Investitionsprogramm 2017 bis 2022 ff. enthält eine Fülle an großen und kleinen Projekten, bei denen jedes für sich alleine gut begründet ist. Wer würde daran zweifeln, dass die Renovierung des Wieland-Gymnasiums angesagt war. Das Feuerwehrhaus erfüllte schon seit Jahren die Anforderungen einer modernen Feuerwache nicht mehr. Und wer freut sich heute nicht über eine der vielen Straßen, deren Sanierung im Sommer für viele Behinderungen gesorgt hat. Es ist vielmehr die Summe der Projekte, die die Verwaltung insbesondere die Bauverwaltung regelmäßig an ihre Grenzen kommen lässt. Eine gewisse Entschleunigung konnte nur durch die Verschiebung der Entscheidung über die Grundschule im Talfeld erreicht werden. Die seit geraumer Zeit stark steigenden Baupreise verteuern die Projekte und führen auch in BC zu einer Abschmelzung der Rücklagen in den nächsten Jahren.

Apropos Kostensteigerung: Die Barrierefreiheit der Stadthalle, die den Freien Wählern schon lange ein wichtiges Anliegen war, wird aus technischen Gründen deutlich teurer (1,4 Millionen Euro); wir halten eine barrierefreie Stadthalle angesichts der vielen Veranstaltungen trotzdem für ein absolut wichtiges Ziel. In Bezug auf die Ertüchtigung der Elektroanlage in der Stadthalle (3,7 Millionen Euro) hoffen wir auf eine deutlich niedrigere Kostenschätzung. Auch wenn der Pausenservice deutlich besser geworden ist, bleibt die Zukunft der Stadthalle mit oder ohne Gastronomie eine schwierige Entscheidung, denn damit wird auch über die Auslastung der teuren Kücheneinrichtung entschieden.

Die Anforderungen der Digitalisierung machen auch vor der Stadtverwaltung nicht halt. Die Freien Wähler gehen davon aus, dass bei allen Investitionen in Hard- und Software auf volle Kompatibilität und Zukunftsfähigkeit geachtet wird, um die Anforderungen von morgen meistern zu können. Angesichts des Fachkräftemangels, dem sich die Stadt Biberach nicht entziehen kann, ist modernes Personalmarketing angesagt, um gegen die Konkurrenz von anderen Kommunen und insbesondere der Industrie bestehen zu können. Dazu zählen neben vielen anderen Aspekten auch moderne Arbeitsplätze und flexible Arbeitszeitregelungen. Daher befürworten wir das geplante Strategiprojekt „Biberach – mein Beruf“ ausdrücklich. In diesem Zusammenhang bedauern wir sehr, dass städtische Mitarbeiter im Rahmen der Ausübung öffentlicher Aufgaben persönlichen Angriffen ausgesetzt waren und sind. Diese Angriffe sind unfair, ungerecht und wirken persönlich herabsetzend. Wir versichern diesen Mitarbeitern – auch natürlich der ebenso betroffenen Stadtspitze - unsere volle Solidarität.

Noch eine paar Bemerkungen zu anstehenden Veränderungen oder Entscheidungen in den nächsten Wochen oder Monaten: Die Freien Wähler freuen sich über das neue ÖPNV-Konzept, welches für die Bürger nicht nur einen engeren Zeittakt sondern auch eine Ausdehnung des Fahrangebots beinhaltet. Bei entsprechender Akzeptanz durch die Bürger wird sich der Landkreis hoffentlich zu einer erhöhten Kostenbeteiligung in der Zukunft durchringen können. Für dieses Jahr wurde die Beteiligung am Abmangel (400.000 Euro) abgelehnt, gleichzeitig wird der Kreistag aber die Kreisumlage auf 27 Prozent senken, was der Stadt Biberach ungefähr 1 Millionen Euro Entlastung bringt.

Trotz stark verbessertem ÖPNV bleibt die Notwendigkeit der Straße über den Blosenberg und des Aufstiegs B 30. Beide Straßen müssen gebaut werden, damit die Beschäftigten ihre Betriebe ohne Dauerstau erreichen können. Wir hoffen auf zügigen Grunderwerb, damit die Verbindungsstraßen in Angriff genommen werden können. Und - da die Gefahr besteht, dass hundertjährige Hochwasser nicht nur alle 100 Jahre auftreten, ist weiterer Grunderwerb dringend notwendig, damit durch sinnvolle Hochwassermaßnahmen Schäden wie in den vergangenen Jahren vermieden werden können. Das fordern die betroffenen Bürger und die Wirtschaft zu Recht.

Viele Hochbaumaßnahmen wie das Vorhaben des Innovations- und Technologie-Transfer-Zentrums, kurz ITZ Plus, der Neubau der Malihalle, Sanierung der Braithschule usw. und die Fülle der Tiefbaumaßnahmen wie Sanierung oder Ausbau von Straßen, Umgestaltung von Plätzen, Spielplätzen und Grünanlagen dienen den Bürgern, aber auch der Biberacher Wirtschaft. Eine prosperierende Stadt wie Biberach muss hier hohe Qualität anbieten beziehungsweise anstreben. Als Beispiel soll das Neubaugebiet Hauderboschen mit schmucken Einfamilienhäusern und Geschossbauten dienen, welches zeitnah einen 6-gruppigen Kindergarten erhalten soll, der dann auch noch von SANA-Beschäftigten genutzt werden kann.

Meine Damen und Herren, fassen wir zusammen: Biberach ist klein, stark und überdurchschnittlich: unser Biberach ist ein äußerst lebenswertes, attraktives kleines Städtchen in Oberschwaben; unser Biberach ist stark, weil es mit erfolgreichen Unternehmen mit üppigen Steuereinnahmen und guten Arbeitsplätzen gesegnet ist, die hoffentlich dank des Interkommunalen Industriegebiets, kurz IGI Riss, in der Zukunft gesichert bleiben; unser Biberach ist überdurchschnittlich wegen seiner Schullandschaft, wenn noch ein paar Renovierungen stattgefunden haben, wegen seiner qualitativvollen Kindergärten und Krippen, wegen seines reichhaltigen Kulturangebots, Biberach ist gekennzeichnet durch ordentliche Straßenverbindungen, wenn das Strategische Netz denn umgesetzt ist, wegen seines vielfältigen Vereinslebens und der erfolgreichen Arbeit von vielen Ehrenamtlichen, denen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt sei. Neben den Pflichtaufgaben übernimmt die Stadt überdurchschnittlich viele Freiwilligkeitsleistungen, was sich in einem noch höheren Personalstand manifestiert, worüber wir im Rahmen des Stellenplans noch diskutieren müssen. Biberach, mach weiter so, aber auf einem deutlich entschleunigten Niveau, denn es wird schwierig genug, einerseits die Fachkräfte für die vielen kommunalen Aufgaben zu gewinnen und andererseits die Abschreibungen, also den Ressourcenverbrauch der aus der Vielzahl der Investitionen resultiert, in einem doppeltem Haushalt zu verdienen.

Biberach: klein, stark, überdurchschnittlich! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Es wird applaudiert.

StR Funk äußert sich wie folgt: "Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials.

Im Vorfeld zu den Haushaltsberatungen haben wir Anfang Oktober im Gemeinderat das fortgeschriebene Investitionsprogramm 2017 bis 2020 beschlossen. Hier sagen wir Herrn Kuhlmann mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenfalls recht herzlichen Dank, dass auf Wunsch der FDP-Fraktion das Investitionsprogramm inzwischen jährlich fortgeschrieben wird. Dies verbessert

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

die Qualität der Entscheidungen und reduziert den zeitlichen Aufwand während der Haushaltsberatungen erheblich, werden doch große Teile des Vermögenshaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung im Vorfeld entschieden. Durchaus sinnvoll war auch die Einführung eines neuen Instrumentes, nämlich die Fraktionsvorsitzenden bei einer verlängerten Sitzung des Ältestenrats über die Absichten der Verwaltung im Stellenplan zu informieren. Dies ist Mitte Oktober geschehen.

Im letzten Jahr kam es zu völlig unterschiedlichen Einschätzungen zum Haushaltsplan 2017, und zwar bei Verwaltung und Gemeinderat gleichermaßen. Wir zitieren aus dem Vorbericht der Verwaltung im Haushaltsplan 2017, 3.8 Schlussbetrachtung: „Gleichzeitig haben wir Zweifel daran, dass in den kommenden Jahren bis 2020 und darüber hinaus eine dauerhafte Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen in dem für eine Vermeidung des dargestellten Rücklagenabbaus notwendigen Umfang möglich ist.“ Diesen Satz nahmen wir zur Kenntnis und betrachteten die Einnahmesituation der Stadt nach unserer Wahrnehmung. Wir spitzen immer unsere Ohren wenn wir in der Nähe unserer großen Biberacher Unternehmen und Steuerzahler sind. Auf der Zunge zergehen lassen muss man es sich aber schon, dass die Verwaltung nur ein Jahr später vorschlägt, den Gewerbesteuerhebesatz von 330 Prozentpunkten auf 300 Prozentpunkte zu senken. Der Entwurf sieht im Ergebnis vor, dass nur Kapitalgesellschaften, aber keine Personengesellschaften und auch keine Bürgerinnen und Bürger von zusätzlichen Entlastungen profitieren sollen.

Zur Berliner Politik: Während wir uns in Biberach, in den Niederungen der Kommunalpolitik, wie jedes Jahr in der Weihnachtszeit mit dem Haushalt der Stadt Biberach beschäftigen, wird in Berlin derzeit versucht eine neue Regierung zu schmieden. Vieles, was in Berlin in ein gemeinsames Regierungsprogramm geschrieben werden soll, hat auch Auswirkungen auf die Kommunalpolitik. An dieser Stelle seien nur Themen wie Familiennachzug, Bildungspolitik, Wohnungsbau- und Energiepolitik, Europa- und Zinspolitik oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, den eben der Bund alleine trägt, stellvertretend genannt. Zum Tagesgeschäft in Berlin gehört eben auch, darüber zu diskutieren und zu entscheiden, wer bezahlt. Zahlt der einzelne Bürger oder zahlt der Staat als Solidargemeinschaft? Wer bezahlt innerhalb der Bürgerschaft und wer bezahlt beim Staat, der Bund, die Länder oder die Kommunen? Zahlen die Besteller oder andere? Welchen Anteil kann man kleinen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern abverlangen?

Einige grundsätzliche Bemerkungen und Positionen: Uns ist klar, dass es sich in diesem Jahr um den letzten kammalistisch aufgestellten Haushalt handelt. Wir freuen uns schon jetzt auf das nächste Jahr mit dem ersten städtischen Haushalt, vorgelegt nach der kommunalen Doppik. Dann wird der Werteverzehr über die Abschreibungen vollständig erfasst. Wir hoffen sehr, dass dies zu keinen negativen Überraschungen führen wird. Unser Engpassproblem sind derzeit nicht fehlende finanziellen Mittel, sondern immer öfter das Personal, das wir brauchen, um all das zu erledigen, was wir uns vorgenommen haben.

Wir bemühen uns keine Politik für Einzelne zu machen, sondern für alle. Wir denken immer an alle Firmen und an alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Richtschnur für unsere politischen Entscheidungen bleibt unser 3-Säulenmodell, nämlich: Bildungsausgaben auf hohem Niveau, Substanzerhaltung geplant und konsequent durchgeführt, Nachhaltige Finanzpolitik mit einer jetzt ausdiskutierten Rücklagenpolitik.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

Zur Senkung der Gewerbesteuerhebesätze: Um den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplan 2018 richtig einordnen zu können, braucht es an dieser Stelle ein paar Vorbemerkungen zu den Steuergesetzen und den sich daraus ergebenden Entscheidungen des Biberacher Gemeinderates in den vergangenen zehn Jahren. Es gibt Gründe dafür, warum der Gewerbesteuerhebesatz seit 2006 unverändert geblieben ist. Zu Zeiten der von der SPD gestellten Bundesfinanzminister kam es zu großen Steuerreformen. So wurde zum 1.1.2009 die Abgeltungsteuer eingeführt. Im Vorfeld wurden zum 1.1.2008 die Besteuerung der Unternehmen reformiert und so ausgerichtet, dass es möglich ist, bei Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften die Steuerbelastung gleich hoch zu halten. Wegen der globalen Konkurrenz mit Steueroasen wurden Ausnahmen reduziert und die steuerliche Belastung für nicht ausgeschüttete Gewinne bei Kapitalgesellschaften um fast 10 Prozent gesenkt. Bei Vergleichsrechnungen mit Personengesellschaften wurde ein Hebesatz für die Gewerbesteuer von 400 Prozentpunkten unterstellt. Im Gesetz ist festgelegt, dass Personengesellschaften bis zu einem Hebesatz von 380 Prozentpunkten ihre bezahlte Gewerbesteuer voll gegen die Einkommensteuer verrechnen können. Der Soli-Zuschlag in Höhe von 5,5 Prozent erhöht die Grenze auf einen Hebesatz von 400 Prozentpunkte.

In Biberach hatten wir zu diesem Zeitpunkt folgende Situation: Da sich die Gewerbesteuereinnahmen nachhaltig und deutlich erhöhten, folgten Gemeinderat und Verwaltung einer alten Tradition und waren bereit, die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer ab dem 1. Januar 2008 zu senken. Da die oben genannte Steuerreform dafür gesorgt hätte, dass der Verzicht auf Steuereinnahmen nur bei den Kapitalgesellschaften angekommen wäre, wurde auf die Senkung der Gewerbesteuerhebesätze verzichtet und dafür auf Vorschlag von Herrn Wersch die Grundsteuersätze deutlich auf 200 Prozentpunkte gesenkt. Diese Senkung wurde von der Verwaltung schnell wieder im Zuge der Finanzkrise auf den 1. Januar 2010 einkassiert. Zu diesem Zeitpunkt war aber die Krise bereits überwunden. Zusammenfassend kann man sagen: Für Personengesellschaften hat sich nichts verbessert, die Senkung der Gewerbesteuersätze hilft nur den Kapitalgesellschaften. Diese zahlen derzeit in Biberach mit Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuerhebesatz von 330 Prozentpunkten auf jeden Euro Gewinn 27,375 Prozent Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne. Dies ist sicherlich eine faire Besteuerung im Vergleich zur Überstundenbesteuerung eines Facharbeiters. Wenn jetzt die Stadt Ingelheim ihre Gewerbesteuerhebesätze von 332 auf 310 Prozentpunkte gesenkt hat, muss das natürlich aus nahe liegenden Gründen in die Biberacher Überlegungen einfließen. Eine Hebesatzsenkung auf 310 Prozentpunkte würde die Gesamtsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften um 0,7 Prozent auf 26,675 Prozent Steuer reduzieren. Bei einer eventuellen Abschaffung des Soli würden der Steuersatz 25,85 Prozent betragen.

Antrag auf „Paketlösung“: Nach intensiver Diskussion kommt die FDP-Fraktion zu dem Ergebnis, dass dieser Haushalt in der vorgelegten Fassung für sie so nicht zustimmungsfähig ist und verändert werden muss. Wir stellen den Antrag, dass über unser „Paket“ in der ersten Hauptausschusssitzung am 4. Dezember 2017 nicht-öffentlich diskutiert wird. Wir wollen uns dabei noch einiges von der Verwaltung erklären und vorrechnen lassen. Unsere Anträge im „Paket“ beinhalten eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze auf 310 Prozentpunkte und damit auf den Stand der Stadt Ingelheim. Dazu wollen wir eine Senkung der Grundsteuer B auf 185 Prozentpunkte und der Grundsteuer A auf 195 Prozentpunkte. Von dieser Senkung profitieren Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften, sowie alle Bürgerinnen und Bürgern. Daneben wollen wir eine Absichtserklärung für den Aufbau von Rücklagen vom Gemeinderat beschließen lassen. Im Gegensatz zur Verwaltung wollen wir eine absolute Zahl benennen. Diese Zahl ist eindeutig und nicht abhängig von laufend wechselnden Gewerbesteuereinnahmen. Der festgelegte Betrag wird jedes Jahr neu

aufgerufen und besprochen. Auf diese Weise ergibt sich auch die Möglichkeit, jederzeit durchgeführte oder unterlassene Substanzerhaltung neu in die Bewertung einfließen zu lassen. Und schließlich wollen wir auch weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wir hören uns alle Wünsche anderer Fraktionen an und bewerten diese ergebnisoffen. Gesetz bleibt bei uns weiterhin, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei anzubieten, um Familien zu entlasten. Für weitere Entlastungen der Personengesellschaften sehen wir im Augenblick leider keine Möglichkeiten. Wir müssen alles tun, dass diese sich bei uns trotzdem wohl fühlen.

Der Hospital aus Sicht der Stadt und des Gemeinderates: Der Hospital zum Heiligen Geist in Biberach und die Stadt Biberach haben sehr viele Überschneidungen, Vereinbarungen, Mietverträge, gemeinsame Verwaltungen und auch Doppelstrukturen. Weil ein Gemeinderat auch gleichzeitig Mitglied im Gemeinderat in Stiftungssachen ist, haben die Mitglieder der FDP-Fraktion ein doppeltes Interesse an ausreichend Informationen. Aus städtischer Sicht hoffen wir darauf, dass jetzt der aus dem Jahr 2009 stammende Krippenvertrag noch in diesem Jahr abgerechnet und vollständig ausbezahlt wird. Das wird das Vermögen der Stiftung weiter erhöhen und die Ergebnisse für die Jahre 2009 bis heute verändern. Dann sollte es ab 2018 möglich sein, einen transparenten und vor allem periodengerechten Wirtschaftsplan aufzustellen. Bis dahin stellen wir unsere weiteren Überlegungen zurück.

Wohnungsbau und Sozialer Wohnungsbau: Nach dem Krieg fehlten Wohnungen ohne Ende und die Wohnungsbaupolitik war mit einer Objektförderung in Form eines 3-Säulenmodells erfolgreich. Es gab den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des Eigenheimes und gute Abschreibungsbedingungen für den Mietwohnungsbau. Bau- und Mietergesetze waren damals überschaubar. Die Steuersätze waren höher, um die höheren Abschreibungen auch finanzieren zu können. Nach der Wiedervereinigung gab es einen Systemwechsel. Seither werden Personen und nicht Wohnungen gefördert. Ein wichtiges Instrument dabei ist das Wohngeld. Das Durcheinander der Systeme in den letzten Jahren mit gleichzeitiger Verschärfung der Bau- und Mietgesetze war wenig erfolgreich. Auch die Stadt Biberach braucht lange, um beschlossene Projekte zu verwirklichen. Hinzu kommt, dass der Staat in einer Bauboom Phase immer die höchsten Preise bezahlt, da die Handwerker mit ihrer teilweise über Generationen verbundenen Stammkundschaft ausgelastet sind. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass wir als Gemeinderäte folgende Möglichkeiten zum Handeln haben: Grund und Boden kaufen, Bebauungspläne für Geschosswohnungsbau im Verhältnis zum Bau von Einfamilienhäusern so lange zu erhöhen, bis die Nachfrage stagniert, in die Höhe bauen, vom Baudezernat aus als Fachleute bei der Landesregierung auf die Gesetzgebung einwirken, bei Wohnungsbedarf im sozialen Bereich auch gebrauchte Häuser anmieten oder eventuell auch kaufen.

In diesem Zusammenhang sei auch nochmals darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht der Gemeinderat nur zwei Möglichkeiten hat auf Mietpreise einzuwirken. Wir können die Grundsteuer, die über die Nebenkosten umgelegt wird, senken und wir können die städtischen Aufsichtsratsmitglieder bei der e.wa riss bitten, dafür zu sorgen, dass die Wasserpreise im Rahmen bleiben. Leider hat der Gemeinderat die Wasserversorgung bei der Gründung der e.wa riss gegen die Stimmen der FDP abgegeben.

Zum Stellenplan: Der Stellenplan ist gekennzeichnet von weiteren starken Erhöhungen im Bereich Bildung, die im Gemeinderat eigentlich unstrittig sind. Trotzdem muss man jetzt ein Auge darauf richten und prüfen, ob es in diesem Bereich nicht zu Übertreibungen kommt. Weiter gibt es Stellen, die klar mit Mehraufwand begründet werden. Beispielhaft sei die Steigerung der Bauanträge

genannt. Auf der anderen Seite wird keine Stelle reduziert, weil sie unnötig ist oder weil sich die Aufgaben reduziert oder sogar erledigt haben. Der Wunsch der FDP-Fraktion an die Verwaltung, bei Stellenmehrungen auch Kompensationsvorschläge zu machen, findet keine große Resonanz. An dieser Stelle nennen wir immer die Stelle des Ehrenamtsbeauftragten. Im Ergebnis haben wir weiterhin ein Problem, dem Stellenplan zuzustimmen, falls er einzeln nichtöffentlich abgestimmt wird.

Anträge und Beratungen: 1. Die FDP-Fraktion beantragt den Gewerbesteuerhebesatz auf 310 %Punkte festzulegen. 2. Die FDP-Fraktion beantragt die Senkung der Hebesätze Grundsteuer A auf 195 %Punkte und der Grundsteuer B auf 185 %Punkte zum 1. Januar 2018 festzulegen. 3. Die FDP-Fraktion beantragt das letzte Kindergartenjahr im Sinne eines Vorschuljahres gebührenfrei zu stellen. Dies fordern auch die Wirtschaftsweisen. 4. Die FDP-Fraktion beantragt eine „Nichtantastbare Rücklage“ als Risikovorsorge in Höhe von 80 Mio. Euro zu beschließen und neben den Rückstellungen separat auszuweisen.

Wie im letzten Jahr sagen wir von unserer Seite aus zügige Beratungen des Haushaltsplanes zu. In der Anlage beigelegt sind die Seiten 515 und 516 des Haushaltsplans mit den Gewerbe- und Grundsteuerhebesätzen.“

Es wird applaudiert.

StR Heidenreich äußert sich wie folgt: "Ich versuche, mich auf eine DIN-A4-Seite zu beschränken. Ich bin sehr überrascht, dass ich so viele regelrecht vernünftige Vorschläge von den großen Fraktionen gehört habe. Erst einmal, dass wir unsere Netze wieder selbst in die Hand nehmen – alle Achtung. Und zweitens, dass wir die Autos nur von der Straße kriegen, wenn der Bus billiger ist. Dann reichen vielleicht auch die Straßen und man bringt das investitionstechnisch auf die Reihe. Alle Achtung – das finde ich gut. Ich finde aber man darf auch etwas an die Leute denken, die diese Arbeit leisten und das sind in diesem Fall die Busfahrer. Ich habe mit ein paar geredet: Da gibt es Leute, die stehen morgens um vier Uhr auf und fangen um fünf Uhr mit der Arbeit an. Dann haben sie eine halbe Arbeitszeit, die bezahlt wird und eine halbe Strecke Pause bis nachmittags um sieben. Dann kommen sie heim und sind grün im Gesicht. Das sind zum Teil Arbeitsbedingungen, bei denen es mich nicht wundert, dass diese Arbeit nur wenige machen wollen. Wenn man darüber diskutiert, ob man 80 Millionen auf die hohe Kante legt, dann könnte man sich auch einmal die Arbeitsbedingungen der Leute anschauen, deren Arbeit man haben möchte, in dem Fall die der Busfahrer. Ich hoffe, dass sich dies im Rahmen der Optimierung des ÖPNV regeln lässt. Die zweite Sache ist die Sozialarbeit. Die ist auch wichtig. Es ist auch nicht so, dass Biberach an einer halben Million pleitegehen würde, aber es ist schon ein bisschen Geld. Es gibt viele kleine Initiativen, die auch eine gute Sozialarbeit machen und sich schwertun, über die Runden zu kommen. Im Stadtteil Weißen Bild – der so groß ist wie alle Teilorte zusammen - gibt es zum Beispiel ein Stadtteilzentrum, das auch einmal gefördert werden könnte. Und nicht nur das neue Dorfgemeinschaftshaus in Rißegg. Auch die Halle hier ist schön, so etwas gibt es im Weißen Bild auch nicht. Wir sollten schon ein bisschen darauf schauen, dass die Gesellschaft hier zusammenhält. Auch das Abdera ist eine von allen gelobte Einrichtung. Sie bringt es aber aus irgendwelchen Gründen nicht hin, die von Jugend Aktiv nicht mehr genutzte Garage Musikern für die Lagerung ihrer Instrumente zur Verfügung zu stellen. Ich weiß nicht, ob es mit dem Brandschutz zu tun hat, aber hier könnte man wahrscheinlich schon mit einem Mini-Betrag etwas richten. Dann ist mir noch aufgefallen, dass es außer den katholischen Familienzentren das alte kleine Familienzentrum in der Schulstraße gibt, wo die Leute eine gute Arbeit machen. Ich weiß gar nicht ob die Geld

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.11.2017

benötigen, aber ich denke die wären froh gewesen, wenn man sie genannt hätte als man über die Familienzentren gesprochen hat. Ich habe etwas den Eindruck, dass bei vielem was wir machen die kleinen, nicht so eingebundenen Vereine etwas hinten hinabfallen. Da könnte man wahrscheinlich mit relativ wenig Einsatz viel bewirken. Vielen Dank.“

Es wird applaudiert.

OB Zeidler hält fest, dass der Haushalt vorliegt und damit eingebracht ist. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und lädt alle Anwesenden zu einem kleinen Stehempfang ein.

Gemeinderat, 20.11.2017, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführer: Achberger

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann